

Beschluss:

Ratsherr Radestock weist angesichts der folgenden Vorlagen an dieser Stelle auf die grundsätzliche Problematik stellenplanrelevanter Vorlagen, die außerhalb der Beratung über den Stellenplan zur Entscheidung vorgelegt werden, hin.

Auf diese Weise seien wiederholt Stellenzuwächse genehmigt worden. Die Politik müsse darauf vertrauen, dass die Bedarfe tatsächlich bestehen. Es fehle dabei aber eine Übersicht. Andererseits würden auch Überlastungsanzeigen zunehmen, so dass man den Eindruck gewinnen müsse, in der Verwaltung könne etwas nicht stimmen. Trotz des ISEK-Zielsystems würde es an klaren Aussagen zu Zielsetzungen und Schwerpunkten, zu den Anforderungen aus der Einwohnerschaft oder zu der Rolle der Digitalisierung fehlen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras sagt eine entsprechende Übersicht zur kommenden Haushaltsberatung zu. Er erklärt, dass weitere Stellen nur nach sorgfältiger Erwägung beantragt würden. Es sei indes unabdingbar, bei 2-Jahres-Haushalten auch innerhalb der Haushaltsperioden auf Entwicklungen zu reagieren, wenn diese zusätzliches Personal erfordern.

Ratsherr Griese erklärt, die Ratsfraktion DIE LINKE lehne den Zensus aus grundsätzlichen Erwägungen ab und werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Ratsfrau Hartmann erklärt, sie werde sich enthalten, weil die Kostenübernahme durch den Bund nicht garantiert sei.

Der Vorlage wird mit 38 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.